

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
FEUERWEHR, ORDNUNG UND
SICHERHEIT**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 03. FOS 2009-2014 Sitzungsdatum: 10.03.2010 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 10.03.2010

Unter dem Vorsitz von Jörg Ulrich versammelte sich heute um 17:45 Uhr (Ortstermine ab 17.00 Uhr, Treffpunkt Turnhalle Gymnasium, Otto-von-Hubach-Straße, danach Saarstraße, Frelenberg der

Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Graffitiproblem in Übach-Palenberg
2. Anregung nach § 24 GO NW der Jungen Union Übach-Palenberg vom 18.01.2010 auf Änderung der Verkehrsführung in der Saarstraße
3. Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

4. Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Hubert Wynands	CDU
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Herbert Fibus	SPD

Vorsitzender
2. stv. Vorsitzender

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Helmut Grundmann	CDU
Herr Manfred Havertz	UWG
Herr David Schmidt	SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Detlef Mallmann	FDP
----------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Frau Stadtoberamtsrätin Maria Luise Hermanns

Schriftführer

Frau Stadtamtsinspektorin Inga van Brug

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** hieß alle Anwesenden herzlich willkommen und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die fristgerechte Zustellung der Einladungen fest. Anmerkungen zur Tagesordnung wurden nicht gegeben.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Graffitiproblem in Übach-Palenberg**

Zum Graffitiproblem in Übach-Palenberg wurde zunächst ein Ortstermin in der Otto-von-Hubach-Straße (Turnhalle Gymnasium) anberaumt. Verschiedene Wände der Sporthallen am Schulzentrum der Stadt Übach-Palenberg wurden zur legalen Anbringung von Graffiti freigegeben.

Es wurde festgestellt, dass nicht nur die freigegebenen Flächen mit Graffiti besprüht wurden, sondern darüber hinaus Flächen, wie die Glaswände der Sporthalle und über die 2m hohen Freiflächen hinaus Wände, welche nicht freigegeben sind.

Bei der Ortsbesichtigung waren ebenfalls anwesend Herr Zenker und drei Jugendliche Marvin, Marcel und Kai aus der „legalen Sprayerszene“. Diese erklärten die Unterschiede zwischen dem legalen und dem illegalen Spraysen.

Nach Besichtigung und eines weiteren Ortstermins in der Saarstraße, kehrte der Ausschuss ins Rathaus der Stadt Übach-Palenberg, großer Sitzungssaal, zurück.

Ausschussvorsitzender J. **Ulrich** begrüßte die übrigen Ausschussmitglieder, die nicht an den Ortsterminen teilnehmen konnten und die anwesenden Gäste.

Herr Stadtverordneter H. **Weißborn** merkte an, dass laut Sitzungskalender der FOS um 19:00 Uhr tagen sollte und er aufgrund der Uhrzeit und seiner Vertretung im KIB nicht an den Ortsterminen teilnehmen konnte. Er bat darum, dies in Zukunft zu berücksichtigen.

Herr Ausschussvorsitzender J. **Ulrich** entschuldigte dies und wies darauf hin, dass die Ortsbesichtigungen bei Tageslicht vorgenommen werden sollten um sich ein besseres Bild zu machen.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** verwies auf den Tagesordnungspunkt 1 und teilte ausdrücklich mit, dass eine Kriminalisierung der legalen Sprayerszene nicht vorgesehen sei. Das illegale Spraysen sei auch für die legalen Sprayer nicht in Ordnung. Wichtig sei die Eindämmung von Schäden an privatem und öffentlichem Eigentum. Er bat um Wortmeldungen der Ausschussmitglieder.

Der Stadtverordnete H. **Weißborn** wies auf die Sitzungsvorlage hin und stellte dar, dass hieraus deutlich zu erkennen sei, dass aufgrund der bereits vorgenommenen Maßnahmen gegen illegales Spraying Erfolge zu verzeichnen seien, die das Problem zwar nicht abgeschafft aber eingedämmt hätten. Anschließend informierte sich der Stadtverordnete H. **Weißborn** über die Probleme am Schulzentrum und bat um einen kurzen Bericht der Ortsbegehung.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** erklärte, dass neben den freigegebenen Flächen, ebenfalls nicht freigegebene Flächen erheblich besprüht worden sind. Den legalen Sprayern sei dies nicht recht. Diese schlugen vor, die legalen Freiflächen wieder selber herzustellen.

Der Stadtverordnete H. **Weißborn** merkte an, dass hierzu das Gespräch mit der Schule gesucht werden müsse um die Problematik zu besprechen.

Der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** stimmte diesem zu und erklärte den anwesenden Gästen, die vorliegende Sitzungsvorlage, da diese ja nicht wüssten, welche Maßnahmen diesbezüglich getroffen wurden und welche Erfolge schon bei diesem Problem zu verzeichnen seien.

Anschließend machte er deutlich, dass die illegale Graffitiszene nicht komplett verhindert werden könne. Die Stadtverwaltung würde sich weiterhin um dieses Problem bemühen. Vor allem der Außendienst des Ordnungsamtes sei verstärkt aktiv. Er wies darauf hin, dass die anwesenden legalen Sprayer Marvin, Marcel und Kai bezüglich ihres Vorschlages, die Wände am Schulzentrum wieder herzustellen, einen Antrag über das Jugendforum an die Stadt Übach-Palenberg stellen werden. Die Stadt werde sich um die Säuberung der nicht freigegebenen Flächen kümmern.

Der sachkundige Bürger M. **Havertz** stimmte den bereits zu verzeichnenden Erfolgen zu und fragte nach, ob die Zusammenarbeit der Polizei und des Ordnungsamtes weitergeführt würde. Außerdem schlug er vor, dass die am Schulzentrum vorhandenen Flachdächer mit einem speziellen Draht ausgelegt werden könnten, um diese für die illegalen Sprayer unzugänglich zu machen. Außerdem könne man die Jugendlichen bereits in den Schulen über die Folgen illegalen Sprayens informieren.

Der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** antwortete, dass die Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt weiterhin bestehe, leider sei es nur so, dass auch der Polizei nur eingeschränkt Personal zur Verfügung stehe. Die festgelegten Dienstzeiten des Außendienstes des Ordnungsamtes in den späten Abend- und Nachtstunden bleiben jedoch auch weiterhin bestehen. Bezüglich des von Herrn Havertz vorgetragenen Vorschlages merkte der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** an, dass man für jeden Vorschlag dankbar sei. Die Vorschläge würden gesammelt und anschließend geprüft.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** fügte hinzu, dass bezüglich der Information an den Schulen, eine Kampagne der Polizei denkbar sei.

Der sachkundige Bürger M. **Havertz** stellte eine ihm ausgehändigte Broschüre des Polizeipräsidiums und der Stadtverwaltung Kiel kurz vor und merkte an, dass diese für jeden Bürger hilfreich sei, da daraus Informationen hervorgingen, wie der normale Bürger sich bei der Konfrontation mit

diesem Problem (illegale Sprayer beim besprühen von nicht freigegebenen Freiflächen erwischen) verhalten könne.

Der Stadtverordnete H. **Wynands** wies darauf hin, dass bei entsprechenden Anzeigen auch Probleme in der Nachbarschaft auftreten könnten, wenn er z. B. den Sohn seines Nachbarn bei so etwas erwischen würde. Er fragte nach, ob eine anonyme Anzeige möglich sei. Außerdem informierte er sich bei den anwesenden legalen Sprayern, wie lange ein angebrachtes Bild bleiben könne, bevor es übermalt werde.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** erklärte daraufhin, dass der Sprayer selber entscheide, wie lange ein Bild an der Wand unberührt bleibt und gab das Wort an den legalen Sprayer Marcel weiter.

Marcel erklärte, dass jeder legale Sprayer sein eigenes Wandstück auf der freigegebenen Fläche habe und jeder selber entscheide, wie lange ein Bild unberührt bliebe. Er wies darauf hin, dass die jüngeren illegalen Sprayer ihre Bilder beschädigten.

Der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** erklärte, dass eine Anzeige bei der Polizei zu stellen sei, ob diese anonym gestellt werden könne oder ob es zwingend erforderlich wäre seinen Namen zu nennen, wisse er nicht. Es scheine jedoch ein Problem zu sein, wenn Zeugen nicht namentlich aussagen wollen. Die Zivilcourage der Bevölkerung fehle teilweise.

Der Stadtverordnete H. **Grundmann** schlug vor, einen Wettbewerb für die besten Bilder auszuloben um den illegalen Sprayern einen Ansporn zu geben legal zu sprayen.

Der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** merkte an, dass dies aufgrund der Sprayerszene kaum möglich sei. Der Stadtverordnete H. **Grundmann** schlug daraufhin vor Fotos von den Bildern zu machen und diese später zu prämiieren.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** bedankte sich für die Vorschläge und wies darauf hin, dass weitere Vorschläge jederzeit an ihn oder an den Ersten Stadtbeigeordneten E. **Piotrowski** herangetragen werden könnten und dass dieses Thema weiterhin den Ausschuss beschäftigen werde. Es wurden keine weiteren Anträge zu TOP 1 gestellt.

2 **Anregung nach § 24 GO NW der Jungen Union Übach-Palenberg vom 18.01.2010 auf Änderung der Verkehrsführung in der Saarstraße**

Nach der Anregung der Jungen Union nach § 24 GO NW vom 18.01.2010 auf Änderung der Verkehrsführung in der Saarstraße wurde zunächst ein Ortstermin anberaumt. Bei der Begehung der Saarstraße machte man sich ein Bild über die aktuelle Situation.

Einige Anwohner der Saarstraße kamen zu dem Termin hinzu und stellten klar, dass sie nicht an einer Änderung der Verkehrsführung interessiert seien.

Nach Rückkehr ins Rathaus der Stadt Übach-Palenberg, bat der Ausschussvorsitzende diesbezüglich um Wortmeldungen.

Der Stadtverordnete H. **Grundmann** erklärte, dass er der Meinung sei, dass eine Änderung der Verkehrsführung nicht nötig sei, da die Anwohner in der jetzigen Situation ihre eigenen Regelungen gefunden hätten. Es gebe keine Parkprobleme und Ausweichmöglichkeiten seien genügend vorhanden. Außerdem wäre es den Anwohnern wichtiger, dass in der Saarstraße nicht so schnell gefahren werde.

Der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** bestätigte diese Aussagen und merkte weiterhin an, dass eine Einbahnstraßenregelung eher negativ sei, da davon ausgegangen werden müsse, dass nach Einrichtung einer Einbahnstraße noch schneller gefahren werde, da es dann keinen Begegnungsverkehr mehr gebe. Jetzt müsse man sich verständigen und langsamer fahren. Die Stadtverwaltung sei der Meinung, dass da wo es ordentlich laufe, nichts geändert werden sollte. Außerdem sei man der Meinung, dass nicht zu viele Verkehrsschilder aufgestellt werden sollten. Bei der Ortsbegehung hätten einige Anwohner angeregt, Schwellen in der Straße einzufügen um das schnelle Fahren einzudämmen. Daraufhin habe Frau Hermanns den guten Einwand gebracht, dass hierbei Probleme bei Krankentransporten entstehen könnten.

Der Erste Stadtbeigeordnete E. **Piotrowski** sehe bezüglich der Straßenregelung in der Saarstraße keinen Handlungsbedarf, zumal es dann auch bei der dichten, fast geschlossenen Bebauung der Saarstraße und der schmalen Fahrbahn auch Lärmbelästigungen der Anwohner beim Überfahren der Schwellen geben werde.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** fügte hinzu, dass das Parken bei Errichtung einer Einbahnstraße zu einem großen Problem werden könnte.

Der Stadtverordnete H. **Weißborn** merkte an, dass er unterschiedliche Reaktionen der Anwohner erlebt habe. Er kenne Anwohner, die für die Anregung der Jungen Union ihre Unterschrift geleistet haben und ihre Meinung bei der anschließenden Diskussionsrunde wieder geändert haben. Seiner Meinung nach, solle der Antrag abgelehnt werden.

Der Ausschussvorsitzende J. **Ulrich** teilte mit, dass dies auch seine Intention sei und schlug eine Beschlussempfehlung vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, den Antrag der Jungen Union abzulehnen und die jetzige Regelung beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es ergaben sich keine Mitteilungen.

B) Nichtöffentliche Sitzung

4 Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es ergaben sich keine Mitteilungen.

Ausschussvorsitzender Ulrich schloss um 19.05 Uhr die Sitzung.

Ulrich
Ausschussvorsitzender

van Brug
Schriftführerin